

Dr. Hans Jörg Schelling
Bundesminister für Finanzen

Frau Präsidentin
des Nationalrates
Doris Bures
Parlament
1017 Wien

Wien, am 21. Dezember 2016
GZ. BMF-310205/0256-I/4/2016

Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Auf die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 10680/J vom 8. November 2016 der Abgeordneten Werner Neubauer, Kolleginnen und Kollegen beehre ich mich Folgendes mitzuteilen:

Zu 1.:

Im Rahmen der Kontrollen durch die Finanzpolizei hat sich wiederholt der Verdacht ergeben, dass seitens der ausländischen Arbeitgeber Entgeltzahlungen an Mitarbeiter erfolgen, die in der Folge als Kick-Backzahlungen retourniert werden oder unter vorgespiegelten Umständen (Kosten für Unterbringung, Verpflegung etc.) wieder rückerstattet werden. Eine statistische Auswertung für derartige Fälle liegt nicht vor.

Zu 2.:

Seitens der Finanzpolizei erfolgen ständig Kontrollen zur Bekämpfung des Lohndumpings durch ausländische Dienstleistungserbringer in Österreich. Alleine im Jahr 2016 wurden bis dato (Stand 10/2016) 4.512 Strafanträge wegen diverser Übertretungstatbestände gemäß Arbeitsvertragsrechts-Anpassungsgesetz und Arbeitskräfteüberlassungsgesetz durch die Finanzpolizei gestellt.

Zu 3.:

Insbesondere mit dem Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz erfolgen laufende Abstimmungen der Vollziehungsbehörden über die Kontrolltätigkeit und die Wirksamkeit der gesetzlichen Bestimmungen.

Zu 4.:

Bei Auftragserteilungen im Bereich des Bundesministeriums für Finanzen wird im Sinne der Bietergleichbehandlung die Eignung des Bieters, ob inländisch oder ausländisch, anhand der jeweiligen Ausschreibungsunterlagen und den darin genannten Kriterien geprüft.

Darüber hinaus liegen dem Bundesministerium für Finanzen keine diesbezüglichen Informationen vor.

Der Bundesminister:
Dr. Schelling
(elektronisch gefertigt)

